



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmarr Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Verstärkte Nutzung der Geothermie
(Kap. 07 05 Tit. 894 76)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 05 (Energiewirtschaft und Landesentwicklung) wird der Ansatz im Tit. 894 76 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur verstärkten Nutzung der Geothermie) für das Jahr 2024 von 5.000,0 Tsd. Euro um 5.000,0 Tsd. Euro auf 10.000,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 07 05 (Energiewirtschaft und Landesentwicklung) wird der Ansatz im Tit. 894 76 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur verstärkten Nutzung der Geothermie) für das Jahr 2025 von 5.000,0 Tsd. Euro um 10.000,0 Tsd. Euro auf 15.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Verpflichtungsermächtigung wird für das Jahr 2024 von 2.500,0 Tsd. Euro um 40.000,0 Tsd. Euro auf 42.500,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Verpflichtungsermächtigung wird für das Jahr 2025 von 2.500,0 Tsd. Euro um 82.500,0 Tsd. Euro auf 85.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Bayern hat beste Voraussetzungen im Bereich der Geothermie, die bei der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung eine zentrale Rolle spielen muss. Ihr enormes Potenzial wird allerdings völlig unzureichend genutzt. Die von der Staatsregierung veranschlagten Kürzungen von 7,5 Mio. Euro auf nur noch 5 Mio. Euro pro Jahr sind ein falsches Signal und gehen an den realen Bedarfen vorbei, um die notwendigen Investitionen in die Geothermie zu befördern. Die fehlenden Mittel werden auch durch relevante bayerische Verbände, wie der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., kritisiert.

Um das erklärte Ziel der Staatsregierung, 25 Prozent des Wärmebedarfs bis 2050 aus Geothermie zu decken, erreichen zu können, benötigt Bayern ein umfassendes landeseigenes Investitionsprogramm, das Elemente wie Zuschüsse für Versicherungsprämien (Fündigkeits-, Bohrrisiken etc.) und die Absicherungen von Anfangsinvestitionen von finanzschwachen Kommunen sicherstellt, sowie Akzeptanzmaßnahmen forciert. Die jährlich veranschlagten, gekürzten Mittel von nur mehr 5 Mio. Euro, sowie die ebenso gekürzten Verpflichtungsermächtigungen sind für dieses Großprojekt viel zu gering und allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.